

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

3. Die Konkurse des Jahres 1907

[urn:nbn:de:bsz:31-220978](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-220978)

Die Ausgaben für einen Gefangenen betragen fürs Jahr 1899 *M* 60 *℥*, für den Tag also 3 *M* 67 *℥*; hiervon mußten durch Staatszuschuß jeweils 439 *M* 51 *℥* bzw. 1 *M*. 20 *℥* gedeckt werden. Der benötigte Staatszuschuß ergab 567 846 *M* 72 *℥* und überschritt den budgetmäßigen Anschlag um 7852 *M* 72 *℥*. Für Krankenheilmittel wurden im verfloßenen Jahre 10 478 *M* 50 *℥*, pro Kopf und Tag eines Gefangenen 2,2 *℥* ausgegeben.

Es waren erkrankt im Männerzuchthaus 26,7 % der Gefangenen (10 779 Krankenverpflegungstage), im Landesgefängnis Freiburg 7,2 % (5817), im Landesgefängnis Mannheim 17,8 % (2128), im Landesgefängnis Bruchsal 22,2 % (2740), in der Weiberstrafanstalt 24,0 % (3556). Darunter wurden behandelt an Tuberkulose 89, Influenza 28, Geschlechtskrankheiten 35 und an Geisteskrankheiten 97 Gefangene; von letzteren wurden 18 in die Irrenabteilung des Bruchsaler Landesgefängnisses versetzt. Von den am Jahresluß in den Anstalten befindlichen Tuberkulosekranken waren 17 während ihres derzeitigen Strafvollzugs erstmals als solche erkrankt, und zwar im Alter von 18—20 Jahren 1, 20—25 Jahren 1, 25—30 Jahren 4, 30—40 Jahren 6, 40—50 Jahren 3, 50—60 Jahren 1, 60—70 Jahren 1.

Von 18 Todesfällen (0,57 % der Gefangenen) betrafen 10 Fälle Tuberkulose und 2 Selbstmorde. In der Weiberstrafanstalt fanden 4 Entbindungen statt.

Die Bruchsaler Irrenabteilung hatte bei einer Belegungsfähigkeit von 34 Kranken einen durchschnittlichen Stand von 28. Im ganzen hatten 24 Bücklinge und 20 Gefängnissträflinge Aufnahme gefunden. Hiervon waren 3 bzw. 2 Gefangene im Alter unter 25 Jahren erstmals während ihres Strafvollzugs in Geisteskrankheit verfallen.

3. Die Konkurse des Jahres 1907.

Die Zahl der Konkurse ist im Jahre 1907 gegenüber dem ungünstigen Vorjahre wieder etwas zurückgegangen, zeigt jedoch immer noch eine Höhe, aus der die abflauende Konjunktur des vergangenen Jahres leicht zu erkennen ist. Von 961 (1906: 982) Konkursfällen des ganzen Landes waren zu 437 (423) früher anhängigen 524 (559) neue Fälle hinzugekommen. Zur Eröffnung des förmlichen Konkursverfahrens ist es allerdings nur in 361 (394) Fällen gekommen.

Die Zahlen der in den letzten 10 Jahren bei den Amtsgerichten anhängig gewordenen Konkurse spiegeln deutlich die Schwankungen des Erwerbs- und Wirtschaftslebens in diesem Zeitraum wieder; sie betragen

im Jahr	Fälle	im Jahr	Fälle
1898	324	1904	471
1899	328	1905	478
1900	429	1906	559
1901	575	1907	524
1902	523	im Durchschnitt	
1903	524	1898/1907	473.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die wirtschaftliche Krisis der Jahre 1900/1901 auch die meisten Konkurse des letzten Jahrzehnts nach sich zog. Der Konkurszahl des Jahres 1901 gegenüber ist diejenige des Jahres 1907 immerhin nicht ungünstig; sie deckt sich zufällig auch genau mit der des Jahres der beginnenden Besserung 1903.

Vergleicht man die Konkurse des vergangenen Jahres mit der Zahl der liegenschaftlichen Zwangsversteigerungen desselben Zeitraums (Statistische Mitteilungen Juli 1908 Nr. 2), so zeigt sich ein auffallender Unterschied in ihrem Verhältnis zum Jahresdurchschnitt der letzten 10 Jahre.

Während die Zwangsversteigerungen gegenüber einem Jahresdurchschnitt von 630 Fällen bei seit 1902 ständig steigender Tendenz im Jahre 1907 den Höchststand mit 905 Fällen erreicht haben, hält sich die Zahl der Konkurse bei anscheinend wieder fallender Tendenz ziemlich unter dem Höhepunkt. Die hochgespannte Baulust und die Liegenschaftsspekulation bei teilweisem Fehlen jeglicher Kapitalsunterlage in den letzten Jahren gibt eine genügende Erklärung für diese Abweichung: das einzige Konkursobjekt hätte das Baugrundstück gebildet; dem Zugriff hierauf genügte die Zwangsversteigerung.

Die Betrachtung der Konkurse des vergangenen Jahres im einzelnen bietet folgendes Bild:

Von den 961 anhängig gewordenen Fällen fanden 505 im gleichen Jahre ihr Ende, darunter durch Schlußverteilung 244, durch Zurückweisung des Eröffnungsantrags 85, durch Zwangsvergleich 64, auf andere Art 112.

In 259 Fällen hat das Verfahren einen Zeitraum unter 6 Monaten, in 114 Fällen einen solchen von 6 bis 12 Monaten, in 132 von über 1 Jahr beansprucht.

Bei 148 Konkursen vollzog sich das Verfahren unter Mitwirkung eines Gläubigerausschusses.

Von den 361 neu eröffneten Konkursen entfallen nach Beruf und Rechtspersönlichkeit des Gemeinschuldners auf Gewerbetreibende 184, Handelsleute 103, Aktiengesellschaften 2, offene Handelsgesellschaften usw. (§ 209 R.D.) 17, eingetragene Genossenschaften 3, Landwirte 17, sonstige Personen 35.

Scheidet man die durch Schlußverteilung und Zwangsvergleich beendeten (308) Fälle nach dem Umfang der Schulden- bzw. Teilungsmasse, so betragen: unter 1000 *M* die Schuldenmasse in 7, die Teilungsmasse in 61 Fällen; von 1000 bis 10 000 *M* die Schuldenmasse in 124, die Teilungsmasse in 190 Fällen; über 10 000 *M* die Schuldenmasse in 177, die Teilungsmasse in 57 Fällen. Dieses Mißverhältnis von Schuld und Deckung kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man die Prozentsätze der zur Ausschüttung gelangten Summen ins Auge faßt. Bei den Schlußverteilungen gelangten von den angemeldeten Forderungen zur Deckung über 50 % 19 mal, von 25 bis 50 % 45 mal, bis zu 25 % 169 mal. In 11 Fällen fielen die nicht berechtigten Forderungen gänzlich aus. Bei den Zwangsvergleichen betrug die Abfindungssummen 50 % in 5 Fällen, 25 bis 50 % in 25 Fällen, unter 25 % in 34 Fällen.

Eine verhältnismäßig hohe Zahl von Konkursen weisen die Amtsgerichtsbezirke Triberg (13) und Radolfzell (9), dann Achern (10) und Wolfach (9) auf. Keine Konkurse verzeichnen die Bezirke Neustadt, Sinsheim und Wertheim im Berichtsjahre.

4. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit im Jahr 1907.

Im Jahr 1907 wurden von den Landeskommissären und Bezirksämtern im ganzen 1614 Urkunden über die Verleihung der badischen Staatsangehörigkeit ausgestellt, und zwar 1524 Aufnahme-, 65 Naturalisations- und 25 Wiederaufnahme-Urkunden; ferner erwarben 86 Personen durch Eintritt in den badischen Staatsdienst die badische Staatsangehörigkeit. Über die Entlassung aus dem badischen Staatsverband wurden von den Bezirksämtern 281 Urkunden erteilt.

Die Verleihungsurkunden betrafen 5271, die Entlassungsurkunden 720 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der in den badischen Staatsverband Aufgenommenen um 2142 Personen zugenommen und übertraf den 10jährigen Durchschnitt um 103 Personen. Die Zahl der Entlassenen hat gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 133 Personen erfahren, bleibt aber noch etwas über dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre.

Unter den Aufgenommenen wie unter den Entlassenen überwiegt regelmäßig das männliche Geschlecht; von 100 Aufgenommenen gehörten 54,7, von 100 Entlassenen 57,5 demselben an. Nach dem Familienstand waren unter den Entlassenen in weit stärkerem Maße Ledige vertreten als unter den Aufgenommenen. Von jenen waren 66,4 %, von diesen 55,1 % ledig, und zwar von den männlichen 71,7 bzw. 58,7 %, von den weiblichen 59,1 bzw. 50,8 %. Nach dem Alter waren die Aufgenommenen meist ältere, die Entlassenen größtenteils jüngere Personen. Von den entlassenen männlichen Personen standen über ein Drittel (152) im Alter von 14—20 Jahren, von den weiblichen ein Siebtel. Während die Katholiken mit 51,0 % in geringerem und die Evangelischen mit 41,4 % etwa im richtigen Verhältnis ihrer Gesamtzahl im Großherzogtum am Austritt aus dem Staatsverband beteiligt sind, wandern regelmäßig weit mehr Evangelische in das Großherzogtum ein; letztere sind mit 61,0 % die Katholiken nur mit 36,3 % vertreten. Die Zahl der aufgenommenen und entlassenen Israeliten ist mit 1,3 bzw. 5,7 % zum Teil erheblich größer als ihr Anteil an der ortsanwesenden Bevölkerung. Die meisten Aufgenommenen und Entlassenen gehörten dem Handwerker- und Arbeiterstand an, ihr Anteil beträgt bei ersteren 64,7 % und bei letzteren 55,3 %; Landwirte wandern nur wenig ein oder aus. Der größte Teil der Aufgenommenen (5051) bestand aus Angehörigen anderer Bundesstaaten, und zwar stellte Württemberg wie üblich die größte Anzahl (1764), dann folgen Bayern mit 1163, Preußen mit 1079, Hessen mit 719, Sachsen mit 109, Elsaß-Lothringen mit 71; 33 waren Heimatlose, d. h. vormalige Badener und andere Deutsche, welche durch förmliche Entlassung die badische Staatsangehörigkeit oder diejenige eines anderen Bundesstaates verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und 74 Wiederaufgenommene, d. h. Deutsche, welche die Reichs- und Staatsangehörigkeit